Nacht-Telegramme.

[illegible]

Belgrad. Einem Gerüchte zufolge haben die Bulgaren Pirot in Brand gesteckt.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Gegründet 1870. Ed. Pachtmann [illegible] Pragerstr. No. 7. Leder u. Bronze-Galanterie-Waaren Albums, Fächer Schmuck- u. Kunstgegenstände. Eigene Fabrik. Export. Grosse Plauensche strasse 30. Magazin: nur Pragerstrasse No. 7.

Cl. Zschäckel's Restaurant Hotel Amalienhof. Spezialität: Augsburger Kronen-Bräu, Perle Bayerns. Alleiniger Ausschank.

Lederwaaren-Specialität! Bernhard Rüdiger, 2 Wilsdruffer Strasse 2, zunächst dem Altmarkt.

Julius Schädlich, am See 40. Petroleum-Lampen. Kerzen-Kronleuchter.

Adolf Helm, liefert die feinsten Oberhemden, Kragen und Manschetten. Ecke Altmarkt, Schreibergasse 1.

Nr. 337. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl. | Aussichten für den 3. December: Westwind von mittlerer Stärke. Heiter u. trocken. Temperatur Nachts unter Null. Bewegungen: Oertliche u. zeitweise Nebelbilds. Längere Fortdauer des herrschenden Witterungszustandes wahrscheinlich. | Dresden, 1885. **Donnerstag, 3. Decbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Auf eine solche Behandlung der Polenfrage, wie sie am Tage der deutschen Volkszählung vor sich ging, war Niemand im Reichstage vorbereitet. Erst werden die Polen aus den preußischen Ostprovinzen, dann auch noch die Besprechung dieser Polenausweisung aus dem Reichstage ausgewiesen! Mit der Zähigkeit eines zur Thüre hinausgeworfenen polnischen Juden kehrte sie aber wieder in den Sitzungssaal zurück und als es auch da nix zu handeln, nix zu schachern gab, kündigte man das demnächstige Wiedererscheinen der polnischen Ausweisungen im preußischen Landtage an. Zum Wortführer der ausgewiesenen Polen hatte sich, wie mit Bedauern erwähnt werden muß, der Abg. Windthorst Namens des ganzen Centrums gemacht. Was, zum Kukuk, überließ er nicht den Polen die Sache? Bei diesen wird es Jedermann begreiflich finden, wenn sie sich ihrer Nationalbrüder annehmen. Windthorst schützte zur Beschönigung seiner Einmischung vor, 90 Proz. der ausgewiesenen Polen seien Katholiken. Das ist zunächst nur eine willkürliche Schätzung. Unter den Ausgewiesenen befindet sich ein sehr großer Prozentsatz polnischer Juden; auch wird es nicht an evangelischen Christen fehlen. Die preußische Regierung aber hat gar nicht nach der Religion der lästig gewordenen Ueberläufer gefragt, sondern nur denjenigen Ausländern den ferneren Aufenthalt in Deutschland untersagt, die polnische Propaganda treiben, die eine deutsche Bevölkerung entdeutschen, deutsche Landestheile polonisiren wollen. Nicht die Religion, sondern die Nationalität war der Grund der Ausweisungen und zwar die Bethätigung dieser Nationalität zum Schaden des Deutschthums. Die Sache auf das Glaubensgebiet zu spielen, war nur ein Manöver. Wenn sich unter den Unterzeichnern der Windthorst'schen Anfrage auch noch die Sozialdemokraten befanden, so wollte zwar der Abg. Bebel diesen Umstand aus dem Mitgefühl erklären, welches seine Partei für alle Verfolgten hege; es giebt aber noch einen anderen Grund. Von jeher stellen die Polen einen starken Antheil zu allen Revolutionen. Man findet sie in allen Verschwörungen. Die Polen sind jederzeit bereit, einen Umsturz herbeizuführen, weil sie daraus die Wiederaufrichtung eines polnischen Königreichs erträumen. Aus Rücksicht auf so einflußreiche, gutgeschulte und gewohnheitsmäßige Verschwörer-Kameraden müssen ihnen schon die Sozialdemokraten beispringen, wenn es Jenen an den Kragen geht. Daß die Deutschfreisinnigen am gleichen Strange ziehen, ist nicht verwunderlich; obwohl sie wahrscheinlich die Abwehr der polnischen Bestrebungen nicht völlig verwerfen, unterstützen sie aus Feindschaft gegen Bismarck Alles, was diesem Verdruß bereiten kann. Die Bundesgenossenschaft der 15 elsässer Französlinge und des einen Dänen erklärt sich von selbst und an der Spitze einer so bunt zusammengewürfelten Gesellschaft interpellirt Herr Windthorst den deutschen Reichskanzler wegen der von der preußischen Regierung vorgenommenen Ausweisungen polnischer Ausländer! Eine deutsche That war dies wahrlich nicht! Preußen hat sich vielmehr um Deutschland wohlverdient gemacht, indem es sich kraftvoll der fortgesetzten Entdeutschung widersetzte. Die Vertreibung von etwa 30,000 Menschen hat natürlich manche Härte im Gefolge; aber sie ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Besser 30,000 auswärtige Polen im Lande weniger, als nach wenigen Jahrzehnten ganze deutsche Provinzen verpolonisirt! Es wäre noch eine weit größere Ungerechtigkeit, wenn wir ruhig zusehen wollten, daß Millionen Deutscher allmählig ihrer Nationalität entfremdet werden! Niemand, weder Windthorst noch Bebel, bestreitet das Recht der preußischen Regierung, Ausländer, die unbequem geworden, auszuweisen; es ist auch sattsam bekannt, daß die Maßregel mit aller Schonung durchgeführt wird. Wenn die Sozialdemokratie sich gegen die Einführung schwedischen Gesindes und italienischer Bauarbeiter auflehnt, weil diese billiger arbeitenden Ausländer den deutschen Arbeitern eine unerträgliche Konkurrenz machen, so hat sie darin sehr recht. Dann achte sie aber auch den Grund, der Preußen leitete: das Deutschthum gegen die Verpolonisirung zu schützen!

Doch, diese sachliche Seite der Angelegenheit wird noch des Weiteren im preußischen Landtag erörtert werden. Was aber den Vorgängen im Reichstag einen ganz sensationellen Charakter verlieh, war der bisher gar nicht beachtete Umstand, daß sich Windthorst mit Einbringung seiner Interpellation eines Eingriffs in die Rechte der Einzelstaaten schuldig gemacht hat, der bei ihm geradezu unerhört war. Ja, wenn die Nationalliberalen die Reichsgewalt gegen einen Bundesstaat aufgerufen hätte, so wäre das begreiflich gewesen; aber das Centrum, das bisher die Rechte der Einzelregierungen und der Landesherren mannhaft vertheidigte, einen Hieb dagegen führen zu sehen, das ist höchst befremdlich. Se. Maj. der König von Preußen hat sich gegen die ihm zugedachte Verkürzung seiner Rechte sofort aufgelehnt und erklärt: er werde sich dies nicht gefallen lassen. Es fand in der Angelegenheit ein preußischer Ministerrath statt, Fürst Bismarck hatte eine Audienz bei seinem königlichen Herrn und dabei wurde die kaiserliche Botschaft festgestellt, deren Verlesen im Reichstage geradezu verblüffend wirkte. Jeder deutsche Patriot, soweit er nicht den Einheitsstaat erstrebt, wird dem Kaiser Wilhelm für seine Botschaft von Herzen dankbar sein. Jeder Satz ist darin werthvoll; die Voraussetzungen sind klar und lichtvoll hingestellt und es werden daraus mit unanfechtbarer Folgerichtigkeit Schlüsse gezogen, die für die Erhaltung des deutschen Reichs als eines Bundesstaats von höchster Bedeutung sind. Man lese den Wortlaut dieser hocherfreulichen kaiserlichen Botschaft in dem Sitzungsberichte selbst nach! Sie ist ein unschätzbares Dokument. Wenn Windthorst sich verwundert stellte, als ob er jetzt den Fürsten Bismarck als Partikularist begrüßen müßte, so müssen wir nur sagen: der Kanzler gab eine Deklaration des in Deutschland giltigen Rechts, wie es in der That besteht, bisher aber nicht immer so respektirt wurde. Jedenfalls fand es der König von Preußen unerträglich, daß der Reichstag versuchen wollte ihn wegen Ausübung seiner preußischen Landeshoheit zur Rede zu stellen. König Wilhelm hat diesen Versuch von vornherein zurückgewiesen. Ließe sich dies der König von Preußen gefallen, so käme jeder andere Bundesfürst an die Reihe. Schon stocherte die jüdisch-freisinnige Presse daran herum, daß aus Leipzig zwei polnische Juden ausgewiesen worden sind, die sich dorthin aus Preußen gewendet hatten. Will man später den König von Sachsen im Reichstage zur Rede stellen? Der erste Schritt auf diesem Wege, die Hoheitsrechte der Bundesfürsten anzutasten, mußte sofort zurückgewiesen werden. Windthorst hat sicherlich gar nicht gemerkt, wohin seine Zuschußnahme der polnischen Entdeutscher führen mußte, sonst hätte er nicht die Anfrage gestellt. Nachdem aber sein Versuch mißlungen, die polnischen Ausweisungen als besonderen Gegenstand zur Sprache zu bringen, behandelte er sie gleichwohl bei dem Gehalte des Reichskanzlers. Dabei hat er aber auch nichts ausgerichtet; der Reichstag bewilligte dem Fürsten Bismarck seinen vollen Reichskanzlergehalt, obwohl der Inhaber dieses Postens sich den Zorn von Römlingen, Polen, Sozialdemokraten, Französlingen, Dänen und Deutschfreisinnigen zugezogen hatte.

Vom Balkan ist das wichtigste Ereigniß der schnöde Bruch des von den Serben gegebenen Wortes, die Feindseligkeiten einzustellen. Ihr General Leschjanin versuchte sich trotz der eingetretenen Waffenruhe, der Festung Widdin zu bemächtigen, in der deutlich erkennbaren Absicht, ein Stück Bulgarien in die Hand zu bekommen. Das ist ihm nun zwar nicht geglückt, aber die Bösartigkeit seines Vorhabens liegt auf der Hand. Wenn die Serben nun behaupten: sie hätten die Feindseligkeiten eingestellt, die bulgarische Besatzung von Widdin aber habe sie angegriffen, so ist dies nur eine jener schamlosen Lügen, in denen Serbien während des ganzen Krieges sich hervorgethan hat. Niemand glaubt der verlogenen Sippe in Nisch und Belgrad mehr. Ihre angebliche neuerwachte Kriegsbegeisterung, nachdem sie mit Hilfe Oesterreichs jetzt zu Athem gekommen, wird in ganz Europa verhöhnt. Mögen es nur aber die Herren Serben nicht zu toll treiben! Rußland führt bereits eine ganz andere Sprache gegen Bulgarien wie bisher. Der Zar bereut, daß er den Fürsten Alexander so tief gekränkt und er sucht ihn zu versöhnen, indem er den russischen Offizieren dankt, daß sie die Bulgaren so trefflich ausgebildet haben. Dieser Tagesbefehl ist deshalb so merkwürdig, weil er Offiziere lobt, die gar nicht mit gekämpft und gesiegt haben und von denen es bekannt ist, daß sie, als sie im bulgarischen Heere dienten, alles Andere thaten, als die Bulgaren militärisch auszubilden. Die russischen Offiziere haben mehr politisirt und raisonnirt, als gedrillt. Aber darauf kommt es nicht an — der Zar baut dem Bulgarenfürsten eine Brücke zur Versöhnung. Und indem der Zar die „Entschlossenheit, Ausdauer, Selbstverleugnung und Ordnungsliebe der bulgarischen und ostrumelischen Truppen" bewundert, giebt er ein deutliches Aviso nach Serbien und nach Oesterreich. Denn wenn der Zar die ostrumelischen Milizen rühmt, die doch nach serbisch-österreichischer Auffassung überhaupt am Kriegszuge nicht hätten theilnehmen dürfen, so erkennt er damit die spätere Vereinigung beider Bulgarien im Voraus an — trotz Serbiens, trotz Oesterreichs!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 2. Decbr.

Berlin. Reichstag. Abg. v. Köller begründet den von ihm gemeinsam mit der konservativen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes. Die Novelle bezweckt bekanntlich die Gleichstellung der Reichsbeamten mit den preußischen Beamten in Bezug auf die Pensionsverhältnisse. Die Regelung sei, so führt Redner aus, dringend nothwendig; dies allein habe seine Partei bewogen, den Entwurf einzubringen. Dieselbe sei nicht der Meinung, daß die Regelung der Militärpensionen minder dringend sei; sie habe sich aber auf diesen Antrag beschränken müssen, nachdem die Linke die Frage der Militärpensionen mit einer anderen Frage beschwert habe, mit der Frage der Communalbesteuerung der Offiziere. Sollte eine Vorlage betr. die Militärpensionen kommen, so appellire er zu Gunsten derselben an die Gefühle der Dankbarkeit, die uns nach 1870/71 erfüllten. Die Rechte sei ja bereit, die Frage der Communalbesteuerung der Offiziere, wenn ein solcher Antrag gestellt werde, eingehend zu erwägen und in dieser Beziehung thunlichst entgegenzukommen. — Abg. Rickert (freis.): Seine Partei nehme dieselbe Stellung ein wie früher. Sie habe keine Schuld daran, daß s. Z. die Sache nicht zu Stande kam. Sie werde im Interesse des beschleunigten Zustandekommens des Gesetzes auf die Stellung von Abänderungsanträgen verzichten. — Staatssekretär Burchard erklärt, es liege kein Anlaß vor, der auf einen veränderten Standpunkt seitens der Regierungen in dieser Angelegenheit schließen lasse. — Graf Moltke erklärte, daß er eine Militärpensionsgesetz-Novelle einbrachte. — Richter erblickt darin eine Verkoppelung des Civil- mit dem Militärpensionsgesetz, wodurch das Zustandekommen des Civilpensionsgesetzes gefährdet werde. Die Frage der Communalbesteuerung der Offiziere müsse mit der Pensionsfrage gelöst werden. — Windthorst bemerkte, die Bevölkerung wünsche allgemein die Communalbesteuerung der Offiziere, auch die Offiziere selbst seien nicht dagegen. — Verschiedene Redner der Nationalliberalen, der Reichspartei, des Centrums und der Deutsch-Konservativen befürworteten warm das vorliegende Gesetz. Dasselbe wird in zweiter Lesung unverändert angenommen. Die Frage, dem Gesetz eine rückwirkende Kraft zu verleihen, soll in dritter Lesung entschieden werden. Wahrscheinlich wird der Termin der Inkraftsetzung auf 1. April 1882 zurückverlegt. — Der Antrag der Polen auf Gleichberechtigung der polnischen mit der deutschen Sprache als Gerichtssprache wird an eine Kommission verwiesen, nachdem sich Staatsanwalt Dr. Hartmann (konserv.) und zwar wegen Gleichberechtigung beider Sprachen, aber für event. Mitwirkung von Dolmetschern und Zulassung von Nebenprotokollen ausgesprochen hatte. — Endlich begründete Abg. Blankuch den sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzantrag und verlangt namentlich einen Maximalarbeitstag, der so weit herabgesetzt werden soll, bis eine gerechte Güterverteilung stattgefunden habe. Den durch Beschränkung der Sonntagsarbeit u. s. w. entstehenden Lohnausfall müsse die Industrie tragen. Erhebungen anzustellen, heiße die Sache nur verschleppen. Er verlangt ferner gesetzliche Organisation der Arbeiter. So gewiß die Nacht auf den Tag folge, so gewiß werde auch der sozialdemokratische Staat kommen. Die Weiterberathung wurde sodann auf morgen vertagt.

Berlin. Moltke's Antrag auf Abänderung des Militärpensions-Gesetzes entspricht der dem Reichstage bereits 1883 zugegangenen bezüglichen Regierungsvorlage. — Nach der heutigen Berathung der Kommission für das Viehseuchengesetz ist die Stimmung demselben nicht günstig. Jedenfalls werden die Bestimmungen über die Impfung gegen die Lungenseuche gestrichen. — Die Budgetkommission berieth die Kommandozulagen. Dieselben werden für die Leutnants allgemein nöthig gehalten, eine Nothwendigkeit für die höheren Chargen aber bezweifelt. Eine Beschlußfassung wurde ausgesetzt.

Berlin. Die „Nationalzeitung" meldet, es werde konjekturirt, daß es dem Kanzler nicht zweckmäßig erschienen sei, bei der gegenwärtigen Lage der Orientkrisis zu einer eingehenden Debatte über die Verhältnisse genöthigt zu werden, welche die Beziehungen zu Rußland und Oesterreich berühren. Darum sei der Weigerung, sich auf eine Erörterung der polnischen Interpellation einzulassen, eine so nachdrückliche Form gegeben worden. Man bringe damit in Verbindung, daß sich Bismarck gestern nach der Sitzung zu den Botschaftern Rußlands und Oesterreichs begab.

Berlin. Der Fiskus legte gegen das Erkenntniß des Landgerichts zu Halle im Diätenprozeß gegen Hasenclever Berufung ein.

Paris. Die event. nach Tonking abzusendenden Truppen sollen nur Gendarmeriedienst versehen. Oberstleutnant Herbinger, der nächste Woche aus Tonking zurückkehrt, hat seine Demission gegeben, um den General Brière de l'Isle fordern zu können. Letzterer behauptet, Herbinger habe die Räumung Langson's im betrunkenen Zustande angeordnet.

London. Liberale wie Konservative verzweifeln an Erzielung einer absoluten Majorität. Unter Umständen wird eine Koalition zwischen den Konservativen und gemäßigten Liberalen erwartet. Lord Salisbury that bereits entsprechende Schritte.

London. Einer Amtsdepesche aus Rangun zufolge traf König Thibo von Birma auf englischem Gebiete ein.

Konstantinopel. Der Gedanke an eine Personalunion mit dem Fürsten Alexander an der Spitze taucht von Neuem auf.

Die Berliner Börse eröffnete fest aber still. Indeß belebte sich bald der Verkehr bei anziehenden Kursen. Im Vordergrunde standen Bergwerke, bei denen die Anfangskurse erheblich überschritten wurden. Spekulative Banken hielten sich recht fest. Inländische Bahnen blieben ruhig; von österreichischen Bahnen wurden namentlich Elbethal gut gefragt. Fremde Renten blieben ruhig. Nur für Bergwerke blieb schließlich ein belebteres Geschäft bestehen. Der Kassaverkehr hielt sich ruhig und fest; sehr fest waren namentlich österreichische Prioritäten, besonders Kronprinz Rudolf-Bahn. Privatdiskont 2½ Proz.

Frankfurt a. M., 2. December. Credit 231. Staatsbahn 230. Lombarden —,—. Galizier —,—. Egypter 64,81. 4proc. Ungar. Goldrente —. Gotthardbahn —,—. Discento 198,62. Darmstädter —. Ruhig.

Wien, 2. December. Credit 290,75. Staatsbahn 273,25. Lombarden 134,50. Nordwestb. 165,50. Marknoten 61,77,5. Ung. Credit 290,75. Schwach.

Paris, 2. Decbr. Schluß. Rente 80,30. Anleihe 108,37. Italiener 96,45. Staatsbahn 566,25. Lombarden 281,25, do. Prioritäten —. Spanier 52⅜. Oest. Goldrente —. Egypter 323,00. Ottomanen 496,87. Bewegt.

London, 2. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99⅞. 1873er Russen 93⅛. Italiener 95⅛. Lombarden 11⅛. Conv. Türken 14. 4proc. fundirte Amerikaner 127¼. 4proc. Ungar. Goldrente 79¼. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 103⅛. Egypter 64⅛. Ottomanbank 37⅛. Suez-Actien 82. Platzdiscont 3⅛. — Stimmung: Behauptet. Wetter: Schön.

Breslau, 2. December, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. December-Januar 36,60, pr. April-Mai 38,00, pr. Mai-Juni 39,00. Roggen pr. April-Mai 133,00, pr. Mai-Juni 135,00. Rüböl loco pr. December u. April-Mai 46,50. Zink fest. — Wetter: Schön.

Stettin, 2. Dec., Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen unverändert, loco 134—144, pr. December-Januar 146,00, pr. April-Mai 155,50. Roggen unverändert, loco 124—126,00, pr. December-Januar 127,00, pr. April-Mai 131,50. Rüböl unverändert, loco pr. December-Jan. 44,70, pr. April-Mai 46,00. Spiritus fest, loco —,—, pr. December-Januar 37,20, pr. April-Mai 39,00, per Juni-Juli 40,80. Petroleum loco verdeuert Usance 1¼, Proc 12,10.

London, 2. December. Schluß. Getreide ruhig. Weizen nominell. Angekommener fertig. Hafer fest, anziehend, russischer Hafer, sowie übrige Artikel träge. — Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König und Se. Kgl. Hoh. Prinz Georg begaben sich vorgestern früh in Begleitung der kgl. und prinzl. Flügel-Adjutanten nach Moritzburg, um daselbst mit einigen, als Jagdgäste eingeladenen Kavalieren im dasigen Forstrevier bez. im kgl. Thiergarten eine Hochwildjagd abzuhalten. Das Jagdfrühstück sollte dabei im Walde, das Jagddiner im kgl. Schlosse zu Moritzburg stattfinden. Es war deshalb vorher eine Anzahl Hofofficianten daselbst eingetroffen.

— Ihre Majestät die Königin, vorgestern glücklich aus Baden-Baden zurückgekehrt, beehrte gestern in Begleitung II. KK. HH. der Prinzessinnen Mathilde und Maria Josefa und ihrer Hofdamen, die zum Besten des unter der hohen Protektion Ihrer Kgl. Majestät stehenden Pestalozzistifts in Meinhold's Sälen veranstaltete Verkaufsausstellung mit ihrem Besuche, und erfreuten die hohen Herrschaften die Veranstalter dieses Bazars durch namhafte Einkäufe. — In den Nachmittagsstunden bot der Saal ein ungemein belebtes Bild. Die Käufer, namentlich Damen, waren in überaus großer Zahl erschienen. Die Geschäfte der jugendlichen Verkäuferinnen, meist in geschmackvollen, reizenden Gesellschaftstoiletten, gingen vortrefflich. Der Loosverkauf wurde von Frau Exc. von Le Maistre selbst in liebenswürdigster Weise thatkräftig gefördert. Heute findet die Ziehung statt. Gewiß wird der Bazar dem Stift einen hübschen Betrag bringen.

— Se. Kgl. Hoh. Prinz Friedrich August soll, wie in gut unterrichteten Kreisen angenommen wird, nach Beendigung seiner Studien zu Ostern in ein Kavallerieregiment eintreten. Major v. d. Planitz, der bisherige Führer, würde dann diese Stellung verlassen und als etatsmäßiger Stabsoffizier bei den 1. Ulanen in Oschatz in den Truppendienst zurücktreten. Premierleutnant v. Kospoth vom 1. Grenadierregiment Nr. 100 soll zum Adjutanten des Prinzen ernannt werden.

— Der Wasserstand der Elbe betrug in Leitmeritz am 1. Dez. früh 8 Uhr 48 Cm. über Null, am 2. Dez. 8 Uhr 140 über Null, Nachmittag 4 Uhr 174 Cmt. über Null. (Im Steigen.)

— Landtag. Die bereits nebst ihren Motiven mitgetheilte Interpellation des Abg. Weigang über die sächsischen Realschulen bildete den ersten Gegenstand der gestrigen Tagesordnung der zweiten Kammer. Dieselbe gipfelt in den drei Fragen: Wodurch ist die Versetzung fast aller sächsischer Realschulen in Bezug auf Erlangung des Freiwilligenzeugnisses in eine niedrigere Kategorie veranlaßt worden? Ist diese Versetzung nicht geeignet, die sächsischen Realschulen zu schädigen? Ist dies aber der Fall, was könnte zur Abwendung dieser Schädigung geschehen? Nachdem die Interpellation durch Sekretär Ahnert verlesen worden, fügte der Interpellant noch einige ergänzende Worte hinzu. Er weist auf die bedeutenden Ausgaben hin, welchen dem Staate durch die 19 Realschulen erwüchsen und die sich auf 228,000 Mk. beliefen. Durch gleichhohe Zuschüsse seitens der Städte würde diese Summe auf das Doppelte erhöht. Von den Württembergischen Realschulen rangirten 19 in der Kategorie der höheren Lehranstalten, bei welchen der einjährige erfolgreiche Besuch der ersten Klasse zur Erlangung des Einjährigen-Zeugnisses genüge, während von den sächs. Realschulen nur Meißen dieser Kategorie angehöre und bei den übrigen das Bestehen der Entlassungsprüfung vor einem kgl. Kommissar zur Erlangung des Zeugnisses nöthig sei. Darin erblicke er eine ungerechte Zurücksetzung unserer sächs. Realschulen. Kultusminister Dr. v. Gerber erklärt, die Beantwortung der Interpellation ergebe sich unmittelbar aus dem Gesetz vom 15. Febr. 1884. Wenn die Interpellation eine polemisirende Kritik enthalte, so richte sich dieselbe nicht gegen das Ministerium, sondern gegen ein vom letzten Landtag verbessertes Staatsgesetz. In demselben heiße es aus-

Schlafdecken, Spec.: Kameelhaardecken empfiehlt W. Metzler, Altmarkt 15. Preisliste gratis u. franco.